

**ES WAR VIEL ZU LANGE STILL IN OLDENBURG.**

**ZEIGEN WIR, DASS WIR NICHT GEWILLT SIND EINEN WEITERBETRIEB DES LAGERS BLANKENBURG HINZUNEHMEN!**

Kommt nach Oldenburg zur **Demo am Sa. 26.02.2011!**  
Treffpunkte: **12 Uhr** mit Fahrrädern vor dem Lager  
**14 Uhr** Kasinoplatz  
(Lambertikirche/Rathausmarkt)

Kommt am **Mo. 28.02.2011 um 18h** zur Ratssitzung  
ins PFL, wo wir Blankenburg zum Thema machen werden.

**FÜR AUSREICHENDEN, GÜNSTIGEN UND NICHT AUSGRENZENDEN  
WOHNRAUM FÜR ALLE, STATT KAPITALISTISCHE VERWERTUNG VON  
WOHNRAUM FÜR BÜROS, BANKEN UND PROFITMAXIMIERUNG!**

**JEDER MENSCH HAT DAS RECHT AUF EIN MENSCHENWÜRDIGES  
LEBEN UND DAS ANRECHT DARAUF SEINEN WOHNORT SELBST ZU  
WÄHLEN UND ZU BESTIMMEN.**

**BEWEGUNGSFREIHEIT FÜR ALLE!**

**FÜR EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE - WELTWEIT!**

Kontakt: [antira-ol@gmx.de](mailto:antira-ol@gmx.de)



Vi.S.d.P. Meyer, Hartzweg 10, Oldb

# NIE WIEDER LAGER!

**BLANKENBURG MUSS GESCHLOSSEN WERDEN!**



**DEMO**

**Samstag, 26.02.2011**

gegen den Weiterbetrieb des Lagers in Blankenburg

Treffpunkte:

**12 Uhr mit Fahrrädern vor dem Lager**

**14 Uhr Kasinoplatz/ Rathausmarkt  
Oldenburg**



**Das ehemalige Kloster Blankenburg wird schon seit Jahrzehnten als Ort der Isolierung und Entrechtung von Menschen benutzt.**

**1990 wurde aus der ehemaligen Psychiatrie in Blankenburg ein Erstaufnahmelager für Flüchtlinge.**

**Zeitweise lebten dort mehr als 1000 Menschen gleichzeitig. Aktuell plant die Stadt Oldenburg das Gelände als Wohnheim für die Unterbringung von Flüchtlingen anzumieten!**

Blankenburg ist Teil eines länderübergreifenden Lagersystems, welches der europäischen Abschottungspolitik dient. Dessen primäres Ziel ist es, Flüchtlinge schon bevor sie nach Deutschland kommen, mit der Unterbringung in Lagern abzuschrecken. Hier sollen sie dann von der Ankunft bis zur Abschiebung kontrolliert und isoliert werden. Flüchtlinge sind in Europa nicht erwünscht – die Fluchtgründe (die koloniale und aktuelle Ausbeutung seitens der reichen Industriestaaten, unsere Ressourcenverschwendung und die Klimafolgen...) interessieren nicht. Gegen diese unzumutbaren Zustände gab und gibt es in allen Lagern immer wieder Proteste von Flüchtlingen.

Auch durch die 20-jährige Geschichte des Lagers Blankenburg zieht sich dieser Widerstand. Anders als in den anderen niedersächsischen Lagern (zur Zeit in Braunschweig, Bramsche und Friedland) gelang es hier den Flüchtlingen oft für ihre Proteste Öffentlichkeit zu finden und Unterstützer\_innen in der Stadt zu gewinnen. Nach dem letzten großen Streik in Blankenburg, der bundesweit für Aufsehen sorgte, formulierte selbst die Stadt Oldenburg einen einstimmigen Beschluss, in dem sie die niedersächsische Landesregierung aufforderte,

- „die vorgebrachten Kritikpunkte der Bewohnerinnen und Bewohner der ZAAB Blankenburg ernsthaft und intensiv zu prüfen und Lösungsvorschläge zu entwickeln.
- Vor allem die zentrale Unterbringung muss überdacht werden und als Alternative eine dezentrale Unterbringung geprüft werden.
- Auch das bürokratische Wertgutscheinsystem sollte abgeschafft werden.“

[Ratsresolution zur ZAAB Blankenburg]

Nicht zuletzt hat dieser Widerstand dazu geführt, dass das Land Niedersachsen die ZAAB Blankenburg zum 30.6. 2011 schließen wird!

Seitdem ist aber klar, dass die Stadt Oldenburg ab Juli 2011 die ihr zugewiesenen ca. 320 Flüchtlinge selbst unterbringen muss. Vor ungefähr einem Jahr, Anfang Februar 2010 wurde die Stadt darüber informiert.

Danach ist wenig passiert. In der NWZ war zu lesen, dass Parteien und Gewerkschaft sich um die Arbeitsplätze der ZAAB-Angestellten sorgten. Und ansonsten? Weicht die Stadt mit dem Argument des Wohnungsmangels der Verantwortung aus.

Hierzu Oberbürgermeister Schwandner in einer Stellungnahme an das Land: „Selbst eine Zahl von 100, insbesondere aber 322 oder sogar 422 Asylbewerbern dezentral unterzubringen ist derzeit illusorisch. Allein die Wohnraumsituation in Oldenburg gibt kurz- und mittelfristig keine Möglichkeiten, eine größere Anzahl häufig auch alleinstehender Personen so im Stadtgebiet unterzubringen. Es gibt in Oldenburg als einer der wenigen Kommunen in Niedersachsen so gut wie keinen Leerstand, sondern einen deutlichen Wohnungsmangel.“

Das Land zeigte sich nicht verhandlungsbereit - und was macht die Stadt? Still und leise werden Vorkehrungen getroffen, das Lager Blankenburg erstmal vorübergehend weiter zu nutzen. Entgegen ihren eigenen Beschlüssen verhandelt die Stadt Oldenburg z.Zt. mit dem Besitzer der Immobilie über eine Verlängerung des Pachtvertrages.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das mit veränderter Aufgabenstellung in Oldenburg bleiben soll, hat offensichtlich seinen Pachtvertrag schon verlängert. Die Kosten für einen Umbau der ZAAB in ein Wohnheim werden immens sein und der Eigentümer hat bereits verlauten lassen, dass er sich auf Umbaumaßnahmen nur einlässt, wenn ein Vertrag über mindestens drei Jahre geschlossen wird. Nach Schätzungen des niedersächsischen Flüchtlingsrates ist eine zentrale Unterbringung mindestens drei mal so teuer wie eine dezentrale. Wir befürchten, dass jeder Cent, der in die weitere Nutzung von Blankenburg als Sammelunterkunft für Flüchtlinge gesteckt wird, zu einer dauerhaften Unterbringung von Flüchtlingen in diesem inhumanen, isolierenden Lager führen wird!!!

Alle Probleme dieses Lagers werden auch unter der Regie der Stadt weiter bestehen. Insbesondere für alleinreisende Frauen ist das Leben im Lager ein Leben mit der ständigen Angst vor sexueller Gewalt. Kinder werden stigmatisiert und systematisch von Gleichaltrigen in Oldenburg ferngehalten. Nicht einmal die mangelhafte Busanbindung hat die Stadt bislang verändert. Und jetzt soll Blankenburg die städtische Flüchtlingsunterkunft werden!?

Für die aktuell noch in Blankenburg lebenden Flüchtlinge, besteht seit Monaten Unklarheit darüber, ob, wann und wohin sie umverteilt werden. Viele wurden bereits transferiert, in andere teils noch katastrophalere Unterkünfte, wie z.B. das Abschiebelager Bramsche. Aktuell gibt es die ungesicherte Information, dass alle Bewohner\_innen Blankenburg bis zum 01.04. verlassen müssen, ungeachtet dessen, ob sie soziale Kontakte in Oldenburg haben, die sie nicht verlassen möchten. Obwohl sich Flüchtlinge bereits vor einem Jahr mit einem offenen Brief an die zuständigen Stellen in der Stadt und in Parteien gewandt haben, wurden sie bislang nicht gehört. Auf den offenen Brief gab es so gut wie keine Reaktionen, ebenso wenig wie auf Fragen oder Bitten um aktuelle Informationen.

